

NÜRBURGRING

Düpierte Ex-Pächter

Rückschlag für die früheren Betreiber des Nürburgrings: Noch im November hatten sich die privaten Projektentwickler Kai Richter und Jörg Lindner in zähen Verhandlungen mit Rheinland-Pfalz vertraglich zusichern lassen, dass sie das Formel-1-Rennen 2013 auf dem Nürburgring ausrichten dürfen. Nur unter dieser Bedingung waren sie bereit, den restlichen Rennbetrieb an die landeseigene Nürburgring Betriebsgesellschaft (NBG) zurückzugeben. In der vergangenen Woche hat nun aber Formel-1-Chef Bernie Ecclestone die Gespräche mit Richter und Lindner abgebrochen. „Nach ausführlicher Prüfung Ihres Vorschlags können wir diesen für uns leider nicht als finanziell machbar akzeptieren und müssen unsere Verhandlungen beenden“, heißt es in der knappen Absage. Offen blieb damit am vergangenen Freitag, ob Ecclestone nun mit der landeseigenen NBG ins Geschäft kommt oder es gar kein Rennen in der Eifel gibt. NBG-Geschäftsführer Karl-Josef Schmidt wollte sich dazu auf Anfrage nicht äußern; Ecclestone sagte nur, er werde sein Bestes tun, um Deutschland nicht als Austragungsort zu verlieren. Dagegen teilten Lindner und Richter mit, dass sie gegen NBG-Chef Schmidt vorgehen wollen, der noch bis zum 19. Dezember für sie selbst gearbeitet hatte. Am Freitag reichten sie Strafanzeige gegen Schmidt mit der Begründung ein, dieser habe ihre Verhandlungen mit Ecclestone hintertrieben und sich damit der Untreue schuldig gemacht. Gleichzeitig kündigten sie noch am Freitag an, Schmidt auf Schadensersatz zu verklagen. Auch dazu wollte sich Schmidt nicht äußern.

NSU

Bedeutung nicht erkannt

Ein peinlicher Zufallsfund bringt die Linkspartei in Verlegenheit. Vorvergangene Woche waren Unbekannte in das Büro der Stadtratsfraktion in Weimar eingebrochen. Bei der Spurensicherung stellten Polizei und Parteiangestellte fest, dass in dem Büro ein Original Exemplar der Bekenner-DVD des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ lagerte, welches dort vermut-



THOMAS TRUTSCHEL / DAPD

Westerwelle

LIBYEN

Al-Qaida plant Entführung von Deutschen

Die Terrorgruppe al-Qaida im Islamischen Maghreb plant offenbar die Entführung von Deutschen in Libyen. Das geht aus Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes (BND) hervor. Demnach bereiten al-Qaida und andere militante Gruppen in der Region um die libysche Hafenstadt Bengasi gezielt Überfälle auf Deutsche sowie Briten vor. Laut BND sollen Qaida-Kämpfer nach dem spektakulären Überfall auf das algerische Gasfeld Ain Amenas nach Libyen gegangen sein, um dort neue Anschläge durchzuführen. Die Bundesregierung fordere „alle deutschen Staatsangehörigen dringend dazu auf, die Stadt und Region Bengasi unmittelbar zu verlassen“, heißt es in einer Reisewarnung des Auswärtigen Amtes; Außenminister Guido Westerwelle spricht von einer „ernsten und delikaten Lage“. Die britische Regierung warnte ihre Bürger ebenfalls; aufgrund ähnlicher Hinweise riefen auch die Regierungen von Kanada, Australien und den Niederlanden ihre Landsleute auf, Bengasi zu meiden. Die libysche Regierung hält die Warnungen dagegen für überzogen und sieht keine Gefahr. Erst vor gut zwei Wochen hatten Unbekannte einen italienischen Konsul überfallen. Im vergangenen September war der amerikanische Botschafter Christopher Stevens bei einem Angriff auf das US-Konsulat in Bengasi getötet worden.



Screenshot aus NSU-Bekennervideo

lich im November 2011 eingegangen war. Die Mitarbeiter hatten die Bedeutung der DVD, auf der das „Paulchen Panther“-Video gespeichert war, nicht erkannt und damals nicht die Polizei informiert; das holte der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, Ende vergangener Woche nach. Unklar ist nicht nur, ob noch Spuren sichergestellt werden können, sondern auch, wie die Scheibe nach Weimar kam. Nach Angaben der Linkspartei sei die DVD ohne Umschlag eingeworfen worden. Die bislang aufgefundenen Kopien hatte die mutmaßliche Terroristin Beate Zschäpe allerdings per Post versandt.